

Der Krieg in Tschetschenien: Folgen für Rußland. Fünf Thesen

Simon, Gerhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Simon, G. (1995). *Der Krieg in Tschetschenien: Folgen für Rußland. Fünf Thesen*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 7/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45302>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Der Krieg in Tschetschenien - Folgen für Rußland

Fünf Thesen

Zusammenfassung

Bislang funktioniert in Rußland kein demokratisches Institutionengefüge. Weder ist das Gewaltmonopol des Staates durchgesetzt, noch existiert ein Grundkonsens darüber, daß Gewalt ohne rechtsstaatliche Sanktion bei der Lösung von Konflikten ausscheidet. Zwar gibt es in Rußland zahlreiche Freunde einer Restauration, aber andererseits dürften die Prozesse von Demokratisierung und Verselbständigung von Gruppen und Regionen sich nicht zurückdrehen lassen. Der Tschetschenien-Krieg zeigt, wie tief die Gesellschaft gespalten ist. Die gefährlichste Folge des Krieges für Rußland ist die Delegitimierung von Person und Amt des Präsidenten. Wieder beginnt eine Auseinandersetzung darüber, wie Rußland regiert werden soll. Westliche Politik sollte die demokratischen Kräfte, gesellschaftliche Eigenständigkeit und jene Ansätze unterstützen, die Rußland auf dem Wege zu einer bürgerlichen Gesellschaft voranbringen. Jelzin ist nicht mehr der Träger der Reformen.

I. These

Es gibt keine funktionierende Demokratie in Rußland.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, der Krieg in Tschetschenien hat ihn erbracht. Auch manche Staaten im Westen sind mit separatistischen Bewegungen konfrontiert, so Kanada, Großbritannien oder Belgien. Niemand kommt auf den Gedanken, Panzerarmeen einzusetzen oder Feldzüge zu führen, um die Probleme zu lösen. Ein Grundkonsens darüber, daß politische Konflikte im eigenen Land nach rechtsstaatlichen Grundsätzen zu lösen sind, gehört zu den unabdingbaren Voraussetzungen für das Funktionieren von Demokratie. Einen Grundkonsens über Gewaltlosigkeit gibt es in Rußland nicht - und natürlich auch

nicht in Tschetschenien. Ebenso ist das staatliche Gewaltmonopol durch die Existenz einer großen Zahl paramilitärischer Verbände durchlöchert.

Der Einsatz der Armee in Tschetschenien ist lediglich der bisherige Höhepunkt bei der Einsetzung von Gewalt im politischen Kampf. Die entscheidenden Wenden der russischen Politik seit dem Ende der UdSSR sind von Gewalt begleitet gewesen: Der Putschversuch im August 1991 und der Staatsstreich Jelzins im September/Oktober 1993. Zwar ist der Einsatz von Gewalt immer begrenzt geblieben, aber nur durch Gewalt ist die Entscheidung erzwungen worden. Auch heute ist der Krieg lokal begrenzt, trotz Tausender von Opfern und Hunderttausender von Flüchtlingen.

Bewaffnete Gewalt ist auch zuvor an der Peripherie vielfach und meist verdeckt eingesetzt worden. Das begann unter Gorbatschow in Wilna, Riga, Tiflis und Baku in den Jahren 1989 und 1990; es setzte sich danach fort am Dnestr, in Armenien und im Berg-Karabach, in Abchasien und in Osetien/Inguschetien sowie in Tadschikistan. In allen diesen Fällen griffen bewaffnete russische Kräfte oder zumindest russische Waffen in Konflikte ein. Wir wissen nicht, ob das immer auf Weisung des Präsidenten geschah. In allen Fällen aber handelte es sich um geplante, gezielte militärische Aktionen, die ein erhebliches Maß an Logistik erforderten. Das Ziel war stets die Bewahrung oder Wiederherstellung des russischen Einflusses.

Aber auch andere Fakten zeigen, daß es in Rußland keine funktionierende Demokratie gibt. Es existiert kein demokratisches Institutionengefüge. Es gibt weder eine Regierungskoalition noch eine parlamentarische Opposition, kaum politische Parteien, keine Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbände. Zwar führen zahlreiche Institutionen solche Bezeichnungen, aber sie sind ihrer Funktion nach nicht mit entsprechenden westlichen Einrichtungen vergleichbar.

Der Präsident ist zwar durch demokratische Wahlen legitimiert, die allerdings in einem anderen Staat - der RSFSR - stattfanden, in dem der Präsident wesentlich geringere Kompetenzen hatte, als er sie heute in Rußland ausübt. Jelzin hat nie einer politischen Partei angehört, ebensowenig Ministerpräsident Tschernomyrdin. In der Regierung sitzen Repräsentanten fast aller politischen Gruppierungen von Tschubais (Rußlands Wahl) bis zu Walentin Kowaljow (Kommunistische Fraktion der Duma). Vertreter der gleichen politischen Gruppierungen bilden auch die Opposition - im Parlament und in den Medien. Es funktionieren also nicht Institutionen, sondern Personenbeziehungen und Personenverbände. Das russische politische System heute ruht auf Klientel-Verbänden und Sauna-Freundschaften, nicht aber auf Gesetzen und Institutionen.

Das Verfassungsgericht kollabierte im Oktober 1993, weil es tief in den Konflikt zwischen Präsident und Oberstem Sowjet verwickelt war und in der Politik zerrieben wurde. Es hat bis heute seine Arbeit noch nicht wieder aufgenommen. Präsident und Parlament haben inzwischen zahlreiche Gesetze und Ukase verabschiedet, die verfassungswidrig sind, was vom Präsidenten zum Teil öffentlich zugegeben wurde. Der Krieg in Tschetschenien, der angeblich zur Durchsetzung der Verfassung geführt wird, steht in klarem Widerspruch zur russischen Verfassung. Das in Rußland verbreitete Rechtsbewußtsein hat der Gouverneur von Nishnyj Nowgorod, Boris Nemzow, auf den Punkt gebracht. Den verfassungswidrigen Ukas des Präsidenten über Maßnahmen zum verschärften Kampf gegen Bandenkriminalität vom Juni 1994 kommentierte Nemzow mit den Worten: "Der Ukas des Präsidenten ist gesetzwidrig, aber richtig." Nemzow gilt als Kandidat für das Präsidentenamt in der Zukunft.

II. These

Die Restauration hat in Rußland viele Freunde.

Was ist das Ziel der Restauration? Die Wiederherstellung eines machtvollen Rußland nach innen und außen. Der Status quo, wie er seit Dezember 1991 besteht, wird nicht akzeptiert. Manche Restaurateure verlangen unumwunden die Wiederherstellung der Sowjetunion oder auch des Russischen Reiches in den Grenzen von 1913, andere - z.B. Jelzin und Kosyrew - die verbindliche, möglichst völkerrechtliche Zusage, daß das gesamte Territorium der ehemaligen Sowjetunion "vitale Interessensphäre" Rußlands ist, d.h. Rußland soll alleiniger Garant von Stabilität und Sicherheit im "nahen Ausland" sein. Die Staaten des "nahen Auslands" haben nur eingeschränkte außenpolitische Handlungsfähigkeit, sie müssen z.B. Mitglieder der GUS sein - für die baltischen Staaten gilt hier eine Ausnahme. Die Duma debattiert gegen-

wärtig über die "Wiedervereinigung" Rußlands. Die neuen unabhängigen Staaten sollen aufgefordert werden, sich "freiwillig" der Russischen Föderation anzuschließen. Die eingeschränkte außenpolitische Handlungsfähigkeit setzt sich in abgeschwächter Form in Ostmitteleuropa fort - diese Staaten dürfen nicht in die NATO eintreten.

Nach innen soll Rußland ein autoritärer Machtstaat sein, Polizei und Staatsanwaltschaft sind die wichtigsten Garanten der Ordnung im Inneren. Die Armee demonstriert und sichert die Größe nach außen. Gerade weil Rußland auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein wird, seinen Großmachtstatus durch Wirtschaftskraft, Wohlstand und Ansehen in der Welt zu beweisen, muß die bewaffnete Macht gestärkt werden. Wie in der Vergangenheit kann auch in absehbarer Zukunft Rußlands Weltgeltung nur mit Hilfe der Streitkräfte gesichert werden.

In der Wirtschaftspolitik will die Restauration nicht die spätsozialistische Plan- und Verteilungswirtschaft wiederherstellen. Aber der Staat soll auch hier alle entscheidenden Hebel in der Hand behalten, nicht nur indem er den Ordnungsrahmen setzt und die Steuern einzieht. Der Staat soll selbst Wirtschaftssubjekt in großem Umfang bleiben, z.B. im Energiesektor und in der Rüstungsindustrie. Die keineswegs zu Ende geführte Privatisierung wird grundsätzlich in Frage gestellt; Renationalisierung von Schlüsselindustrien wird gefordert.

Im Verhältnis zum Westen verlangt die Restauration nicht Konfrontation, aber Distanz und Eigenständigkeit, nicht die Integration in den Westen, sondern die Abgrenzung einer eigenen Interessensphäre gegenüber dem Westen. Es wird beklagt, daß die USA derzeit die einzige verbliebene Weltmacht sind; die Restauration verspricht Abhilfe durch Wiederherstellung eines machtvollen Rußland.

Gestärkt werden die restaurativen Kräfte durch die Enttäuschungen über die Gegenwart. Weil weder die ökonomischen noch die politischen, noch die moralischen Erwartungen in den postkommunistischen Jahren erfüllt wurden, kann Nostalgie sich ungehemmt entfalten. Demokratie und Marktwirtschaft sind diskreditiert, ohne daß sie eine faire Chance gehabt hätten.

Wer sind die Freunde der Restauration? Es wäre eine gefährliche Illusion zu glauben, der Krieg in Tschetschenien sei dem Präsidenten nur von einer kleinen Kreml-Clique eingeblasen worden. Zwar ist offenbar die Entscheidung zum Einmarsch Ende November in einem kleinen Kreis von Mitgliedern des Sicherheitsrates und Beratern gefallen, aber der Krieg wird von großen Teilen der alten Eliten, die auch die neuen sind, gebilligt. Sie erwarteten und erhofften sich eine Konsolidierung der patriotischen Kräfte, eine siegreiche Armee. Vor allem aber soll die Einheit des Vaterlandes für alle Zukunft gesichert werden, indem man Separatisten niederwirft. Die kaukasischen Völker - allen voran die Tschetschenen - gelten seit langem im Massenbewußtsein als kriminell und brutal. Antikaukasische Ressentiments haben den Antisemitismus abgelöst. Deshalb ist der Krieg gegen die Tschetschenen populär.

Nicht alle Freunde der Restauration unterstützen den Krieg, manche distanzieren sich aus taktischen Gründen, auch weil er zu einem Desaster für die Armee zu werden droht. Aber der Krieg ist nur erklärbar, wenn man die Gefühle von verletzter nationaler Würde und von gekränktem Weltmachtstolz bedenkt. Die Sowjetunion hat völkerrechtlich aufgehört zu bestehen; in vielen Köpfen aber lebt sie fort. Diese politikwirksamen Gefühle lassen sich so beschreiben: Nachdem Rußland riesige Verluste hat hinnehmen müssen, kann es sich nicht auch noch von einem kriminellen kleinen Volk auf der Nase herumtanzen lassen. Die Erhaltung der Grenzen der Russischen Föderation ist ein Minimalprogramm.

III. These

Die "Anti-Kriegs-Koalition" hat die Gesellschaft tief gespalten; dies ist ein Beweis dafür, daß eine Restauration nicht mehr möglich ist.

Nirgendwo ist die Kritik am Krieg so scharf und konsequent wie in Rußland selbst. Sie hat die Gesellschaft gespalten. Ein Vergleich mit dem Krieg in Afghanistan macht deutlich, wie tiefgreifend der Wandel seit zehn Jahren das Land verändert hat. Der Krieg in Afghanistan war bis in die zweite Hälfte der 1980er Jahre für die Medien weitgehend tabu. Auf den Gräbern der gefallenen Soldaten durfte nicht stehen, daß sie in Afghanistan gefallen waren. Jetzt hat sich vom ersten Tage an eine breite Anti-Kriegs-Front formiert: Zu ihr gehören die demokratischen Parteien in der Duma - damit hat Jelzin eine wichtige Basis verloren -, ein

erheblicher Teil der gedruckten Medien, einige Radiosender und der unabhängige Fernsehkanal NTV. Vor allem aber - und das ist für Rußland ohne Beispiel - haben sich zahlreiche Generale und Offiziere öffentlich gegen den Krieg ausgesprochen. Einige haben die Übernahme von Kommandos in Tschetschenien abgelehnt oder sich geweigert, ihre Truppen im Gefecht einzusetzen.

Wie stark ist die "Anti-Kriegs-Koalition"? Umfragen zeigen, daß die Mehrheit der Bevölkerung den Krieg ablehnt. Andererseits ist eine Massenmobilisierung bisher nicht gelungen. Öffentliche Kundgebungen blieben schwach besucht. Apathie und Passivität kennzeichnen die Haltung der vielen.

Hinzu kommt, daß die "Anti-Kriegs-Koalition" nicht gemeinsam handlungsfähig ist. Es ist schwer vorstellbar, daß Gajdar mit den Generalen Gromow und Lebed - ein wegen seiner Kritik am Krieg abgesetzter Stellvertretender Verteidigungsminister und der als Kommandeur der 14. Armee am Dnestr offenbar unabsetzbare General mit politischen Ambitionen - ein auch nur befristetes Bündnis eingehen könnte. Gajdar und die Westler, die Rußland im wesentlichen nach europäischen politischen und ökonomischen Vorbildern umgestalten möchten, sind in Rußland nicht mehrheitsfähig. Die Generale und jene Kommunisten, die sich aus taktischen Gründen jetzt gegen den Krieg stellen, sind es auch nicht.

Die scharfe Kritik am Krieg aus ganz unterschiedlichen Lagern und Motiven beweist jedoch, daß es in Rußland eine öffentliche Meinung gibt, daß die Gesellschaft differenziert und fraktioniert ist. Die Gesellschaft in Rußland wird sich nicht mehr mundtot machen lassen. Viele Menschen widerstehen Angst und Drohungen. Dies sind die Keimzellen einer bürgerlichen Gesellschaft, die beginnt, vom Staat unabhängige Strukturen auszubilden. Deshalb erscheint die Restauration einer ideologisch unterfütterten totalitären Diktatur unwahrscheinlich.

Auch in einem anderen Sinn ist eine Restauration schwer vorstellbar: Der Tschetschenien-Krieg macht deutlich, daß Rußland die Fähigkeit, eine imperiale Macht zu sein, eingebüßt hat. Die politische Klasse war nicht in der Lage, die Sowjetunion weiter zusammenzuhalten, sie erweist sich jetzt sogar als unfähig, die relativ kleinen, unbedeutenden nationalen Republiken innerhalb der Russischen Föderation beieinander zu halten. Der Grund ist, die russische Regierung macht Politik und Krieg wie in vormoderner Zeit, als ob es Nationalbewegungen, Volkssouveränität und politische Öffentlichkeit nie gegeben hätte. Aber die Fernsehbilder vom Grauen in Grosnyj und die offenen Lügen der staatlichen Propaganda vertiefen die Spaltung der Gesellschaft, sie führen die Kabinettpolitik der russischen Regierung im Stil des 18. Jahrhunderts ad absurdum.

IV. These

Die gefährlichste Folge des Krieges ist die Destabilisierung der Macht in Rußland.

Unabhängig vom weiteren Fortgang des Krieges steht schon jetzt fest: Macht und Autorität des Präsidenten haben schweren Schaden genommen. Er hat politisch und moralisch die Verantwortung für das "große Blut" zu tragen. Die Fortsetzung einer Reform-Präsidentschaft erscheint ausgeschlossen. Die Übernahme der politischen Verantwortung kann auf zwei Wegen erfolgen: Entweder Jelzin tritt zurück bzw. wird gestürzt, oder aber er wandelt sich endgültig zu einem mit autoritärer bzw. diktatorischer Hand regierenden Präsidenten im Auftrag der bewaffneten Kräfte.

Mit der Unsicherheit über die Person Jelzins verbindet sich die größere Beunruhigung hinsichtlich des Präsidentenamtes. Es kehrt die Situation der Jahre zwischen August 1991 und Oktober 1993 wieder. Damals drohte der Staat zu kollabieren, weil Präsident und Oberster Sowjet sich in einen unentschiedenen Kampf um die Macht ineinander verkeilt hatten. Dies ist die für Rußland gefährlichste denkbare Situation, weil das russische politische System nur mit einer klar erkennbaren Spitze funktionsfähig ist. Insofern mag man den Staatsstreich Jelzins rechtfertigen, mit dem er im September/Oktober 1993 den Machtkampf für sich entschied, die Sowjets auflöste und die neuen parlamentarischen Institutionen klar auf die Plätze verwies. Seit Oktober 1993 war die vom Präsidenten ausgehende Vertikale eindeutig die führende Macht. Das hat zu einer Stabilisierung, wenn auch auf dünnem Eis, geführt.

Dies alles ist jetzt in Gefahr. Person und Amt des Präsidenten sind durch den Krieg in verhängnisvoller Weise ausgehöhlt worden. Jelzin ist auch nicht ohne weiteres durch eine andere Person in dem Amt zu ersetzen. Es gibt keinen eingefahrenen Mechanismus von Präsidenten-Wahlen. Es besteht kein Konsens, daß

nach Ablauf der Amtszeit unter allen Umständen Wahlen abzuhalten sind. Es gibt nicht einmal ein Wahlgesetz.

In Rußland hat bereits wieder der Kampf darüber begonnen, wo und wer oben ist. Zahlreiche Generale, politische Gruppierungen und Medien bestreiten Jelzin grundsätzlich das Recht, das Land zu regieren. Die Delegitimierung von Person und Amt schreitet fort; damit kehrt die Fragestellung von vor Oktober 1993 auf die Tagesordnung zurück: Es geht nicht nur darum, wer Rußland regieren soll, sondern grundsätzlich darum, wie Rußland regiert werden soll.

Weil es ein funktionierendes Institutionengefüge nicht gibt, ist auch ein Coup d'Etat nicht auszuschließen. Er könnte sogar einen Ausweg aus der jetzigen Sackgasse bieten. Allerdings spricht wenig dafür, daß Rußland auf dem Weg zu einer über längere Zeit funktionierenden Diktatur ist, dazu sind Demokratisierung und Emanzipation von Teilen der Gesellschaft und der Regionen zu weit fortgeschritten.

Das wahrscheinlichste Szenario ist eine hochgradige Unberechenbarkeit und Unzuverlässigkeit der russischen Führung in den nächsten Jahren. Das Pendel kann hin- und herschwingen zwischen diktatorischer Gewalt an der Spitze und ihrer Auflösung, zwischen neuen Ansätzen zu einer Demokratisierung und dem Scheitern der demokratischen Kräfte. Ein fortdauernder Schwebeszustand zwischen Diktatur der Exekutive und Demokratisierung in der Gesellschaft könnte die nächsten Jahre bestimmen. Mit Gewalt als Mittel der Politik muß in Rußland auch in der Zukunft gerechnet werden.

V. These

Der Westen schwankt zwischen Über- und Unterschätzung seiner Einwirkungsmöglichkeiten.

Die Einwirkungsmöglichkeiten auf die zentralen Entscheidungen der russischen Politik von außen sind begrenzt. Außerdem ist in der Regel selbst post faktum schwer zu beweisen, daß eine bestimmte westliche Politik bestimmte Konsequenzen gehabt hat. Zentrale politische Entscheidungen werden zumeist nicht monokausal getroffen.

Westliche Einwirkungsmöglichkeiten werden überschätzt, wenn man unterstellt, Handeln oder Nichthandeln von außen könnte eine Regierung Gajdar oder auch eine imperial-chauvinistische Regierung zur Macht bringen oder aus der Macht verdrängen. Auch die Vorstellung, die russische Regierung hätte im Tschetschenien-Konflikt anders entschieden, wenn Rußland in den Europarat oder andere westliche Strukturen fester eingebunden gewesen wäre, erscheint wenig plausibel.

Es wäre andererseits eine Unterschätzung westlicher Einwirkungsmöglichkeiten, wenn man unterstellt, der russischen Regierung seien die Reaktionen des Westens gleichgültig. Jede russische Regierung wird in einem bestimmten Umfang an Kooperation interessiert sein. Das hat nicht nur ökonomische Gründe. Keine russische Führung wird die ungebremste Selbstisolierung Rußlands gegenüber dem Westen und eine einseitige außenpolitische Orientierung nach Osten zum Programm erheben. Dies stände im Widerspruch zur russischen Tradition, zumindest in den letzten 300 Jahren.

Weil es im Interesse des Westens liegt, Demokratisierung und Reformen in Rußland zu unterstützen, führt kein Weg daran vorbei, zunächst zu bestimmen, wer und wo die politischen Kräfte in Rußland sind, die für diese Ziele stehen. Sie werden nicht mehr von Jelzin repräsentiert. Jelzin ist heute so wenig der Träger der Demokratisierung wie Gorbatschow dies 1991 war. Ähnlich wie Gorbatschow sich 1991 von den Reaktionären einmauern ließ, die dann im August losschlügen, ist Jelzin heute mit den imperial-russischen Kräften in den bewaffneten Apparaten zusammengewachsen. Fortschritte in Richtung auf ein demokratisches Rußland sind heute nur gegen Jelzin zu erreichen.

Der Westen sollte stärker die Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften suchen. Auch bei der Frage nach Reaktionen und Sanktionen auf den Krieg sollten die Führer der demokratischen Bewegung in Rußland konsultiert werden. Westliche Politik muß eine Gratwanderung machen: Sie ist daran interessiert, daß Rußland nicht weiter in die Selbstisolierung abdriftet, wofür es auch vor dem Krieg schon deutliche Zeichen gab. Der Westen kann es aber andererseits nicht hinnehmen, daß Rußland sich durch Gewaltanwendung in der Politik außerhalb der Gemeinschaft der zivilisierten Staaten stellt.

Schließlich hat die Frage von Reaktionen und Sanktionen auch einen moralischen und innerwestlichen Aspekt: Im Tschetschenien-Krieg werden Grundwerte mit Füßen getreten, auf denen Gesellschaft und Staat bei uns ruhen. Es dient der Befestigung und Verteidigung unseres Grundkonsenses, dies deutlich zu machen.

Gerhard Simon

Die Meinungen, die in den vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.

Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0945-4071